

Frühe Hilfen

25. Februar 2013

Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Koordinierung und Vernetzung im Bereich der frühen Hilfen zu verbessern.

In diesem Zusammenhang wird begrüßt, dass der Aufbau eines systematischen Risikoscreenings im Zuge der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes geplant ist.

Begründung:

erfolgt mündlich

Vermittlungsangebote in Jugendzentren

25. Februar 2013

Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass die Beratungs- und Vermittlungsangebote der Agentur für Arbeit und des Jobcenters verstärkt in das Alltagsleben in Jugendzentren aufgenommen werden. Eine Beteiligung der Gesellschaft für Beschäftigungsförderung (GfB) ist in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Begründung:

Es sollte niederschwellige Angebote zur Berufsorientierung geben, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern.

Übergang von Schule zu Beruf

25. Februar 2013

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Absicht der Verwaltung, das neue Übergangssystem (ÜBS NRW) so früh wie möglich einzuführen, um Koordinierung und Transparenz hinsichtlich der berufsorientierenden Maßnahmen beim Übergang von Schule zu Beruf unter der Beteiligung aller wesentlichen Akteure zu erzielen. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern die Gesellschaft für Beschäftigungsförderung (GfB) mit einbezogen werden kann.

Begründung:

erfolgt mündlich

Streetwork

25. Februar 2013

Der Oberbürgermeister wird gebeten, einen aktuellen Sachstand hinsichtlich der Ausweitung von Streetwork zu geben.

Begründung:

Der Rat hat im Kinder- und Jugendförderplan beschlossen, durch die Schaffung von acht zusätzlichen Stellen die Streetwork auszuweiten.

Früherkennungsuntersuchungen

25. Februar 2013

Der Oberbürgermeister wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass das Gesundheitsamt und das Institut für Jugendhilfe die Vorsorgeuntersuchungen und die Schutzimpfungen für Kinder weiter bekannt machen.

Begründung:

Laut Sozialbericht hat erfreulicherweise die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen zugenommen. In manchen Ortsteilen nehmen aber insbesondere bei der U8 und U9 weniger als drei Viertel der Kinder teil.

